

Memeler Dampfboot.

„Memeler- und Grenz-Zeitung.“

Erscheint täglich Morgens mit Ausnahme der Tage nach den Sonn- und Feiertagen.

Vierteljährlicher Abonnements-Preis pränumerando 3 Mark, mit Votenlohn sowie bei allen Postanstalten 3 1/2 Mark. Für Rußland 3 Rubel pro halbes Jahr.



Anzeigen werden für den Raum einer Corpus-Spaltzeile von Abonnenten mit 15 R.-Pf., von Nicht-Abonnenten und Auswärtigen mit 20 R.-Pf. berechnet. Reclamen pro 1spaltige Petitzeile 25 R.-Pf.

Anzeigen, für die folgende Nummer bestimmt, sind spätestens bis Nachmittag 2 Uhr einzuliefern. Belag-Exemplare kosten 10 R.-Pf.

№ 144.

Memel, Sonntag, den 23. Juni.

1878.

Tag- & Chronik.

Den 24., Nachm. 2 1/2 Uhr, im G. A. Schatinnus'schen Geschäftslokale, Grabenstr. 9., Auktion von Materialwaaren und Spirituosen.

Die Auflösung des Reichstages und die Socialdemokratie.

„Organisiren Sie sich als ein allgemeiner Deutscher Arbeiterverein zu dem Zwecke einer gesellschaftlichen und friedlichen, aber unermüdbaren, unablässigen Agitation für die Einführung des allgemeinen und directen Wahlrechts in allen Deutschen Ländern. Pflanzen Sie den Ruf fort in jede Deutsche Werkstatt, in jedes Dorf, in jede Hütte. Mögen die städtischen Arbeiter ihre höhere Einsicht und Bildung auf die ländlichen Arbeiter übertragen. Debattiren Sie, discutiren Sie, überall, täglich, unablässig, unaufhörlich, wie jene großen Englischen Agitatoren gegen die Korngesetze, in friedlichen, öffentlichen Versammlungen, wie in privaten Zusammenkünften die Nothwendigkeit des allgemeinen und directen Wahlrechts. Nehmen das Echo Ihre Stimmen millionenfach wiederhallt, desto unwiderstehlicher wird der Druck derselben sein.“

„Wiederholen Sie täglich, unermüdbar dasselbe, wieder dasselbe, immer dasselbe! Je mehr es wiederholt wird, desto mehr greift es um sich, desto gewaltiger wächst seine Macht.“

„Alle Kunst praktischer Erfolge besteht darin, alle Kraft zu jeder Zeit auf Einen Punkt — auf den wichtigsten Punkt — zu concentriren und nicht nach rechts, noch links zu sehen. Blicken Sie nicht nach rechts noch links, seien Sie taub für alles, was nicht allgemeines und directes Wahlrecht heißt, oder damit in Zusammenhang steht, oder dazu führen kann!“

„Wenn Sie diesen Ruf — was Ihnen binnen wenigen Jahren gelingen kann — wirklich durch die 89 bis 96 Prozent der Gesamtbevölkerung fortgepflanzt haben werden, welche, wie ich Ihnen gezeigt habe, die armen und unbemittelten Classen der Gesellschaft bilden, dann wird man nicht lange widerstehen . . . Bon dem Augenblick, wo Ihr Verein auch nur 100,000 Deutsche Arbeiter umfaßt, wird er bereits eine Macht sein, mit welcher Jeder rechnen muß.“

Das sind die Auslassungen eines socialdemokratischen Agitators, aber keines von der gewöhnlichen Sorte, das beweisen schon diese wenigen Worte, welche wie aus Erz und Stein geformt erscheinen; auch sind sie nicht etwa von heute oder von gestern, sondern sind die vor 15 Jahren in einem Sendschreiben an den ersten Deutschen Arbeiterverein geschriebenen Worte Ferdinand Lassalle's.

Wie rasch haben sich diese Worte bestätigt, wie rasch ist diese Partei eine Macht geworden, mit welcher man rechnen muß, das beweist die Auflösung des Reichstages, das beweist die Wahlperiode vorgenommen werden müssen. Alle diese Maßregeln sollen ja ausgesprochenemmaßen eine Abrechnung mit der sozialistischen Partei sein. Ob diese Abrechnung jedoch die rechte, zum Ziele führende ist, muß stark bezweifelt werden.

Zwei Möglichkeiten stellen sich uns dar. Entweder die socialdemokratischen Bestrebungen beruhen auf Wahrheit, ihre Ziele treffen mehr oder minder zusammen mit den Endzielen aller gesellschaftlichen Entwicklung, dann wird keine Macht der Welt im Stande sein, ihre fortschreitende Entwicklung aufzuhalten oder gar die Partei in ihr früheres Nichts zurückzuschleudern.

Wohin Gewaltmaßregeln, Verfolgungen, Unterdrückungen führen, die entstehen. Wir brauchen nicht zurückgehen auf die Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte des Christenthums und anzuführen, wie auch das Christenthum durch Verfolgung, durch staatlichen Druck und Ausnahmegesetze zu so rascher Verbreitung, im Umsehen bis zur Weltbeherrschung aufgeschossenem Wachstum gelang ist. Wiewohl der Vergleich, wenigstens nach socialdemokratischer Auffassung, nicht allzufern liegt. Ein großer Theil der Socialdemokraten meint allen Ernstes, daß ihre Bestrebungen mit den praktischen Zielen des Christenthums zusammenstreffen, daß das Christenthum ursprüng-

ganz ähnliche gesellschaftliche Einrichtungen angestrebt habe, wie die Socialdemokratie. — Wir brauchen bloß auf die eigene, die liberale Partei, zu verweisen. Die Verfolgungen, welche sie zu dulden hatte, waren nicht gerade die kleinste Veranlassung, daß sie eine so schnelle Befestigung und Verbreitung fand.

Die zweite Möglichkeit — für uns eine Wahrheit — besagt, die Socialdemokratie ist eine Verirrung, eine Mißkennung und Mißdeutung der liberalen Bestrebungen. Gegen solche Verirrungen aber helfen Gewaltmaßregeln und Ausnahmegesetze noch viel weniger. Je mehr Druck und Verfolgung auf der einen Seite, — um so enger schließt man sich zusammen, um so nachhaltiger werden alle Kräfte aufgeboten, um den Verfolgungen zu widerstehen, sie zu überleben, sich ihrer zu erwehren und im Stillen die Propaganda um so erfolgreicher zu betreiben. „Jede zu unserer Unterdrückung ergriffene Maßregel, meint einer der socialistischen Führer, schafft uns 100,000 Anhänger mehr;“ und er hat darin ganz gewiß nicht Unrecht.

Aber noch mehr! Durch Verfolgung erlangt meist auch die größte Verirrung den Schein der Wahrheit. Im Feuer der Verfolgung erlangt der wie Lehm zerbröckelnde Irrthum die Widerstandskraft des Steins. Die Neuzeit hat kaum eine größere Verirrung hervor gebracht, wie das Mormonenthum in Nordamerika. Man hat dieses so lange verfolgt, als es aus einer wüthigen Gemelnschaft eine nach Hunderttausenden jagende Secte geworden war. Wäre man stets klug genug, den Irrthum ruhig sich verleben zu lassen und ihn nur mit seinem Gegenfasse, mit den Waffen der Wahrheit, zu bekämpfen, er würde seine Gefährlichkeit immer mehr verlieren, bis er nach und nach ganz verschwunden wäre.

Man hat den Reichstag aufgelöst und einen Wahlkampf provozirt; es soll uns durchaus nicht Wunder nehmen, wenn die Partei verstärkt und vermehrt daraus hervorgeht. Das Reichskanzleramt hätte sich zehnmal, hundertmal bedenken sollen, bevor es dieses gefährliche Experiment dem Bundesrathe zum Vorschlag brachte. Die Socialdemokratie soll bekämpft werden und womit? Mit dem eigentlichen Hort und Halt aller Socialdemokratie, mit ihrer besten Waffe und Stütze, mit dem Universalmittel zur Erreichung aller ihrer Zwecke, ja mit dem Zweck und Ziel aller Socialdemokraten selbst — mit dem allgemeinen und directen Wahlrecht.

Die Socialdemokraten können ruhig sein, von dieser Seite haben sie nichts zu fürchten. Noch weniger aber haben sie von unserm Herrn Reichskanzler zu fürchten, der Ihnen dieses Mittel als das Endziel alles socialdemokratischen Strebens an die Hand gegeben hat. Die oben citirten Worte Lassalle's könnten leicht zu dem Glauben verleiten, die Socialdemokraten hätten keinen treueren Verbündeten als — den Deutschen Reichskanzler.

Politische Uebersicht.

r. Memel, den 22. Juni.

Die Vorstände der Wahlvereine der Deutschen Fortschrittspartei in Berlin richten alle an Parteigenossen einen dringenden Aufruf um Geldbeiträge für den bevorstehenden Wahlkampf. Es heißt darin: „Gerade der Fortschrittspartei fällt in großen Städten wie: Berlin, Breslau, Königsberg, Altona, Kiel, Dresden, Chemnitz, Spandau, Nürnberg, sowie in den Kreisen Nieder-Barnim, Brandenburg, Schleswig, Landkreis Leitzig, Solinow u. c. c. allen Parteien verhältnißmäßig der größere Theil der Kampfesarbeit zu. Den Mangel an Zeit in der Wahlvorbereitung, welchen die beschleunigte Auflösung des Reichstages verschuldet, muß nun doppelte Energie in der Agitation ersetzen. Dazu bedarf es der vortrefflichen Organisation der Sozialisten gegenüber, welche keineswegs kurzer Hand zerstört werden kann, Geld, Geld, viel Geld. Berlin insbesondere macht große Kosten erforderlich. Eine einzige Abschrift der Berliner Wählerlisten zur erleichterten Herbeiführung sämmtlicher Wähler am Wahltage kostet beispielsweise gegen 2000 Mark.“ Die sozialistische Partei hat nach ihren Abrechnungen während der beiden, den letzten Reichstagswahlen vorhergehenden Jahre aus ihrer Centralcasse nahezu 100,000 Mark für Wahlagitationen

verausgibt. Dazu kommen noch besondere lokale Aufwendungen, in Berlin 15,000 Mark, in Altona 30,000 Mark u. s. w. Auch diesmal entwickelt sie eine noch erhöhte Thätigkeit. Demgegenüber verdient der Ruf der Fortschrittspartei ganz besondere Berücksichtigung. Beiträge nimmt Dr. Hermes, Unter den Linden 68 a, entgegen.

Ein Correspondent der „Köln. Ztg.“ theilt derselben telegraphisch nachstehende Anschauungen über die Thätigkeit des Congresses mit, die er aus einer Unterhaltung mit einem activen Staatsmann geschöpft hat und welche als wohl beglaubigt gelten dürfen. „Der Congress wird nicht den Krieg machen, aber sieh dich etwas viel schlimmeres. Lord Salisbury hat sich durch das Rußschreiben, womit er sein neues Amt antrat und die Separatabmachung mit Rußland, mit der er auf dem Congress er schien, als das Beträger, wofür man ihn hielt. Er hat gegen den Vertrag von San Stefano protestirt, um ihn ganz anzunehmen.“ Graf Andrassy spielte eine sehr traurige, aber wohlverdiente Rolle, sein größter Feind auf dem Congress sei England aus dem Grunde, weil er vor dem Congress England's schlimmster Gegner gewesen. Andrassy habe den ersten Fehler begangen, indem er den Krieg zuließe. Diesen könne man ihm allenfalls verzeihen. Den zweiten aber habe er gemacht, als Rußland die Abmachungen mit Oesterreich brach, Adrianopel besetzte und die Bulgarei autonom machte. Damals verhinderte den Grafen Andrassy, schreibt unser Correspondent weiter, die Bulgarei zu verlassen, um die Türkei zu verlassen, und des Krieges zu stellen. Ein Bündniß mit der damals noch starken Türkei wäre ihm sicher gewesen. Den größten und unverantwortlichsten Fehler aber beging er, als er England, welches drei Wochen lang ein Waffenbündniß antrug, mit Ausflüchten abspießte, in der Hoffnung, ein Sonderabkommen mit Rußland zu erzielen. Rußlands Nahe für die Abweisung Ignatieff's war dieselbe wie die England's für die Zurückweisung des beschriebenen Bündnisses, nämlich die Englisch-Russische Verständigung. England wird alles thun, was Andrassy compromittiren kann. Die Gerechtigkeit verlangt zuzugestehen, daß Andrassy's Bündniß ist jetzt nicht mehr zu haben. Der Kaiser so wie der Hof und die Militärkreise um den Erzherzog Albrecht wollen von Krieg gegen Rußland nichts hören und können heute Andrassy als Minister leicht entbehren, den sie vor drei Monaten nicht fallen lassen konnten, ohne England in sofortige Aktion zu treiben. Darum auch sind die jetzigen Mobilisirungen Oesterreich's nur eine Deckung des Rückzugs Andrassy's garnichts anderes. Das Doppelreich Bulgarien ist fertig. Andrassy hat nicht den Muth, es zu hindern. In fünf Jahren aber, die nächsten jener Staatsmann — ich verbinde mich dafür als Kenner der Verhältnisse — werden die Bulgarei, Serbien und Montenegro, vielleicht auch Griechenland, ein Bündniß abgeschlossen haben, dem zuerst die Euro-päische Türkei, in absehbarer Zeit aber auch die heutige Oesterreich-Ungarn zum Opfer fällt. Das ist die Folge der Politik Andrassy's und Salisbury's.

Eine Einigung über die in der Bulgarischen Frage vorhandenen Schwierigkeiten scheint in der gestrigen vertraulichen Besprechung noch nicht erzielt worden zu sein und wäre daher ein Beschluß in der heutigen Sitzung noch nicht zu erwarten. Auch über Griechenlands Zulassung scheint eine heutige Entscheidung noch zweifelhaft. In den Schriftstücken des „Globe“ erklärt sich England gegen die Theilung der Bulgarei der Länge nach. England hat bis jetzt nicht nur an der Balkangrenze streng festgehalten, sondern wollte, wie versichert wird, der Türkei auch die Pässe des Balkans, die besetzt werden sollen, zuweisen. Es hieß oft von jener Seite, die Türkei müsse eine besetzte Grenze nach Norden haben. Daraus würde folgen, daß, wenn statt der zweigetheilten Bulgarei eine einheitliche beliebt werden sollte, die Forderung nicht ausbleiben wird, daß die Türkei sogar die Donaufestungen behielte, die Localmiliz mit türkischen Offizieren auch im Norden organisiert würde und die Oberhoheit des Sultans auch dort mehr gewahrt würde, als im Tributärstaat vermuthlich der Fall wäre. Die Gegner der Zweitheilung hatten sich das wahrscheinlich nicht ganz entgegenwärtig. Man muß auch nicht ver-

